

Haushaltssicherungskonzept des Schwalm-Eder-Kreises 2008

I. Vorbemerkung

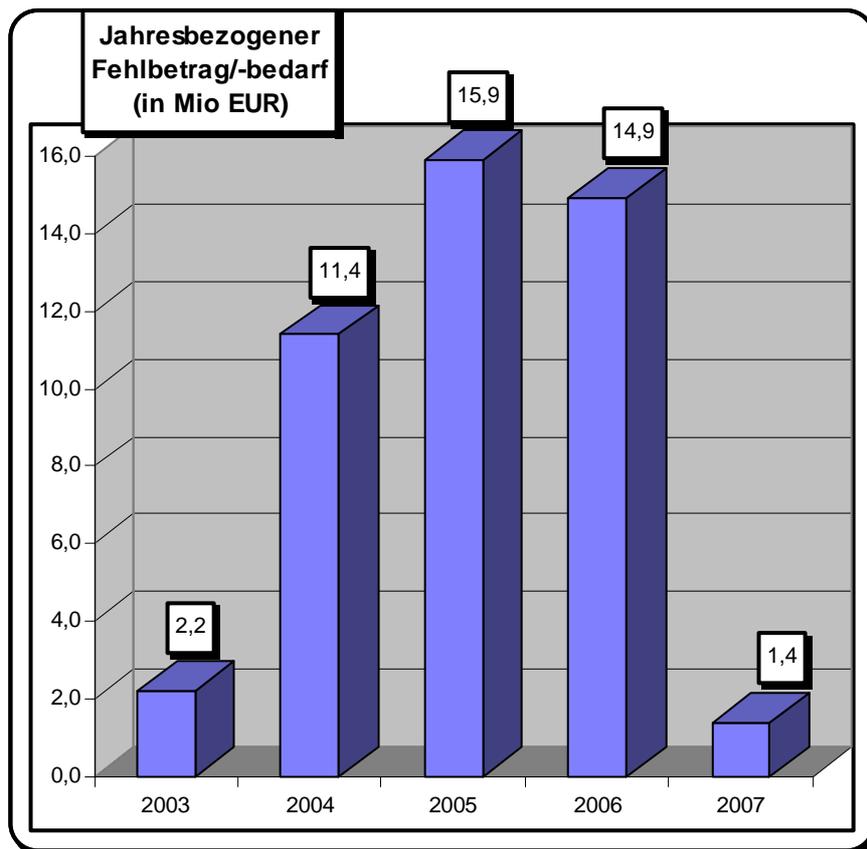
Gemäß § 92 Abs. 4 HGO ist ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen, wenn der Ausgleich des Haushaltes nicht möglich ist. Das Haushaltssicherungskonzept muss verbindliche Festlegungen enthalten über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Zeitraum, in dem der Ausgleich des Ergebnishaushaltes erreicht werden soll (§24 IV GemHVO -Doppik)

Der Schwalm-Eder-Kreis befindet sich in einer schwierigen Finanzsituation.

Die Entwicklung der jahresbezogenen Fehlbeträge/-bedarfe im Verwaltungshaushalt stellt sich bis zum Jahr 2007 wie folgt dar:

Entwicklung des jahresbezogenen Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt (in Mio EUR)

	Kalenderjahr	Mio. EUR	(inkl. Vorjahre)
Rechnungsfehlbetrag	2003	2,2	2,2
Rechnungsfehlbetrag	2004	11,4	13,6
Rechnungsfehlbetrag	2005	15,9	29,5
Rechnungsfehlbetrag	2006	14,9	44,4
voraussichtlicher Rechnungsfehlbetrag	2007	1,4	45,8



Der im Nachtragshaushaltsplan 2007 ausgewiesene Fehlbedarf für das Haushaltsjahr 2007 beträgt 13,4 Mio. EUR. Das Rechnungsergebnis wird sich bedingt durch vorweggenommene Zahlungen im Kommunalen Finanzausgleich und durch zahlreiche positive Veränderungen einzelner Haushaltspositionen deutlich verbessern. Der Rechnungsfehlbetrag wird voraussichtlich 1,4 Mio. EUR betragen. Dies bedeutet eine Verbesserung um 12 Mio. EUR gegenüber der Veranschlagung im Nachtragshaushaltsplan. Ohne den Sonderfaktor „Sanierungsbeitrag Schwalm-Eder-Kliniken GmbH in Höhe von 7 Mio. EUR wäre bereits der Haushalt des Haushaltsjahres 2007 ausgeglichen.

Der kumulierte Fehlbetrag 2003 – 2007 beträgt voraussichtlich: 45,8 Mio. EUR.

Die Entwicklung der Nettoneuverschuldung stellt sich seit 2004 wie folgt dar:

2004:	4.308.430,63 EUR (IST)
2005:	1.945.579,75 EUR (IST)
2006:	2.629.959,30 EUR (IST)
2007:	- 901.200,16 EUR (IST-Entschuldung)

Außerordentliche Belastungen ergeben sich aus dem Verkauf der Schwalm-Eder-Kliniken GmbH gem. Beschluss des Kreistages vom 21. Dezember 2006. Der zu zahlende Sanierungsbetrag von 15,9 Mio. EUR belastet die Haushalte 2007 bis 2009. Mit weiteren Belastungen für die Haushalte des Schwalm-Eder-Kreises ist infolge der Veräußerung nicht mehr zu rechnen.

Im Wesentlichen ist die dargestellte Finanzlage des Kreises auf die seit Jahren anhaltenden Einnahmeverluste im Kommunalen Finanzausgleich zurückzuführen.

Trotz der derzeitigen positiven Entwicklung der Einnahmen aus dem Kommunalen Finanzausgleich, der veränderten Umlagegrundlagen des Kommunalen Finanzausgleiches und der derzeit verbesserten Steuereinnahmen ist mittelfristig ohne erhöhte Zuweisungen des Landes nicht mit einer Abdeckung der bis 2007 entstandenen Fehlbeträge zu rechnen.

Das im Entwurf des Haushaltsplanes 2008 ausgewiesene negative Jahresergebnis in Höhe von 7.478.646 EUR wäre ohne die veranschlagte 2. Rate des Sanierungsbeitrages für die Schwalm-Eder-Kliniken in Höhe von 6 Mio. EUR und für die erstmals zu veranschlagenden Abschreibungen in Höhe von 1.661.153 EUR (7.709.512 EUR abzüglich der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 6.048.359 EUR) positiv.

Auch wenn die Landkreise ihre im Wesentlichen durch den Kommunalen Finanzausgleich bedingte negative Finanzsituation kaum beeinflussen können, besteht die Notwendigkeit, alle Maßnahmen zur Verringerung des Haushaltsdefizites zu prüfen und zeitnah umzusetzen.

Dementsprechend hat der Kreistag bereits im Jahre 2004 ein Konsolidierungsprogramm verabschiedet. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die über das jeweilige Haushaltsjahr hinaus gehen und als Daueraufgabe zu verstehen sind.

Mit dem nachstehenden Haushaltssicherungskonzept wird das seit dem Jahr 2004 erstellte Konsolidierungsprogramm für 2008 und die folgenden Jahre fortgeschrieben. Das Haushaltssicherungskonzept soll die zukünftige Entwicklung der Erträge und Aufwendungen positiv beeinflussen und die künftigen Haushalte nachhaltig entlasten.

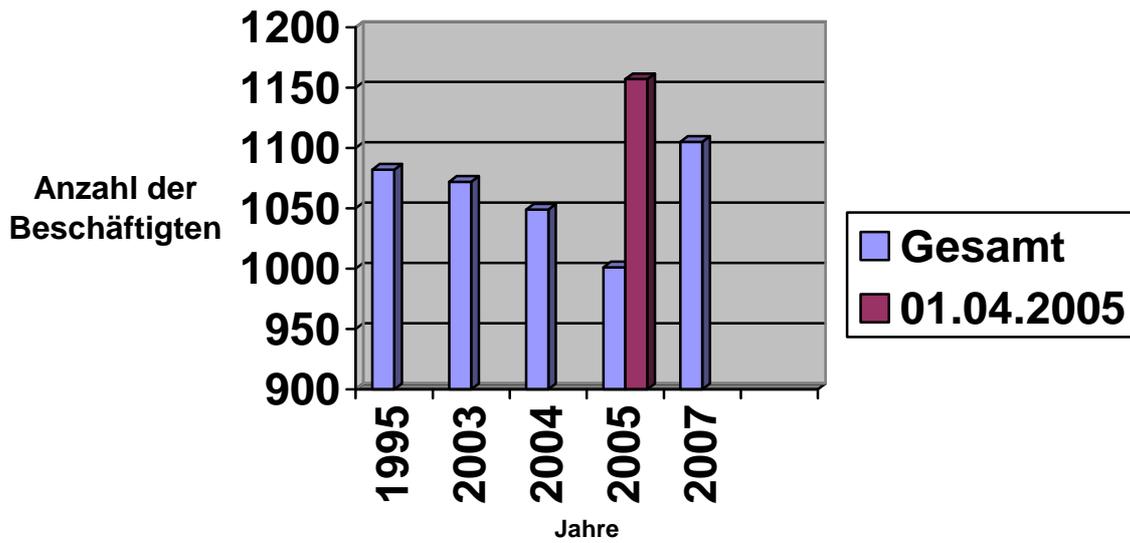
Die Konsolidierungsbemühungen seit 2004 haben bereits zu einer Begrenzung der Ausgaben beigetragen. Die im Sicherungskonzept beschriebenen Instrumente zur Begrenzung der Personalkosten greifen. Die Entwicklung der Personalkosten ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

Personalausgabenentwicklung

	RE 2005 (TEUR)	Ansatz 2006 (TEUR)	RE 2006 (TEUR)	Ansatz 2007 (TEUR)	Vorl. RE 2007 (TEUR)	Ansatz 2008 (TEUR)
SN 400	19.754	20.009	19.448			
SN 402	6.330	6.300	6.254	31.702	30.921	32.505
SN 404	3.405	5.414	5.144			
ZS	29.489	31.723	30.846	31.702	30.921	32.505
ARGE	2.098	2.128	2.120	2.173	2.088	2.220
ZS	31.587	33.851	32.966	33.875	33.009	34.725
PK-Erstattung	3.538 Ohne Kommunalisierung	8.668	9.197	8.789	8.789	9.256
Bereinigte PK	28.049	25.163	23.769	25.086	24.220	25.469

Die Zahl der Beschäftigten der Kreisverwaltung ist rückläufig. Waren 1995 noch 1082 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, lag die Zahl zum 31.03.2005, d.h. vor der Kommunalisierung des Staatlichen Landrates bei 1001 Personen.

Beschäftigte - Stand und Entwicklung

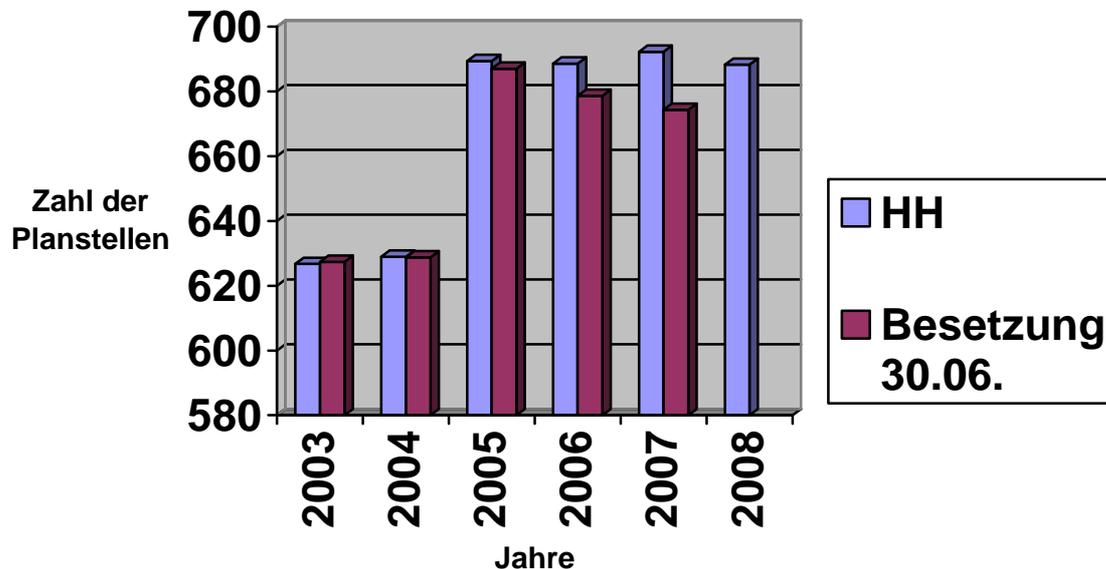


Mit der Kommunalisierung wurden zum 01.04.2005 weitere 156 Beschäftigte auf den Kreisausschuss des Schwalm-Eder-Kreises übergeleitet, davon 52 Beamtinnen und Beamte, 54 Angestellte und Arbeiter sowie 50 nebenberuflich Tätige (Fleisch- und Geflügelbeschau).

Zum **31.10.2007** waren (ohne Honorarkräfte und Aushilfen) 1.105 Personen beim Kreisausschuss des Schwalm-Eder-Kreises beschäftigt. Gegenüber dem Kalenderjahr 2005 ist zu berücksichtigen, dass die Beschäftigten des Hospitals zum Heiligen Geist auf die AWO und deren Tochtergesellschaft übergeleitet und im Bereich der Reinigung bei Ausscheiden von Beschäftigten die Arbeitszeit der verbleibenden Beschäftigten entsprechend der Regelung in der Dienstvereinbarung angehoben wurde bzw. mit Beschäftigten des Boglerhauses besetzt wurden.

Die Entwicklung der Planstellen in den Jahren 2003 – 2008 stellt sich wie folgt dar:

Planstellen 2003 - 2008



Betrachtet man die Jahre 2003 und 2004 so ist festzustellen, dass die Zahl der Planstellen in etwa gleichbleibend bei 629 Planstellen lag. Im Haushaltsjahr 2005 konnten die Planstellen vor der Kommunalisierung auf 595,45 Planstellen reduziert werden. Dies steht insbesondere im Zusammenhang mit der Dienstvereinbarung zur Gebäudereinigung. Infolge der Arbeitszeitveränderungen haben sich die Stellen allein in diesem Bereich um 29,14 Planstellen reduziert. Innerhalb der Verwaltung wurden verschiedene Planstellen nach Ausscheiden der Stelleninhaber im Jahr 2004 nicht wieder besetzt. Unter Berücksichtigung der Kommunalisierung gab es im Haushaltsjahr 2005 689,36 Planstellen.

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007 wurde um insgesamt 3,5 Stellen ausgeweitet und vom Regierungspräsidium genehmigt. Neben der Schaffung von zwei weiteren Stellen in der Leitstelle zur Sicherstellung der Doppelbesetzung bei Nacht (Umsetzung zum 01.01.2008), wurde noch eine befristete Stelle für die Umsetzung des Rechnungswesens zur Verfügung gestellt. Die Stelle wurde zum 01.03.2008 durch Umbesetzung in der Verwaltung besetzt. Die Anlagenbuchhaltung wurde durch eine von den Schwalm-Eder-Kliniken kommende Beamtin verstärkt.

Die Erhöhung um 1 Planstelle im Stellenplan 2008 ergibt sich aus einer zusätzlichen Stelle im Fachbereich 51-Jugend,Familie und Sport.

Personalkosten – nach Abzug der Personalkostenerstattungen - konnten nach dem vorläufigen Rechnungsergebnis 2007 gegenüber dem Jahr 2005 um 13,6 % oder rd. 3,8 Mio. EUR gesenkt werden, dies trotz zusätzlicher Aufgaben wie SGB II und der Kommunalisierung der staatlichen Abteilungen. Hierbei ist weiterhin zu beachten, dass in dem Zeitraum von 2003 bis 2007 rd. 1 Mio. EUR zusätzliche Kosten – Tarifsteigerungen, ZVK-Beiträge u. ähnliches – aufgelaufen sind, ohne dass der Kreis auf diese Faktoren Einfluss nehmen könnte.

Auch die Umsetzung der Arbeitsmarktreform (SGB II) hat einen Beitrag zur Konsolidierung geleistet. Aufgrund der Umstellung auf die doppische Haushaltsführung lassen sich die bisherigen Berechnungen nicht fortschreiben. Negativ wirkt sich ein höherer kommunaler Finanzierungsanteil in Höhe von 12,6% (ca. 447 TEUR) ab 01.01.2008 aus, den der Kreis akzeptieren musste, um den Fortbestand der ARGE Arbeitsförderung Schwalm-Eder nicht zu gefährden. Belastend wirkt sich auch die geplante Reduzierung des Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II in Höhe von ca. 468 TEUR aus.

Nachfolgend wird auf der Grundlage der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten die Entwicklung der geplanten Jahresergebnisse dargestellt.

Entwicklung der Jahresergebnisse ab 2008

(in Mio EUR)

	Kalenderjahr	TEUR
Geplantes Jahresergebnis	2008	-7.472
Geplantes Jahresergebnis	2009	+2.247
Geplantes Jahresergebnis	2010	+6.382
Geplantes Jahresergebnis	2011	+9.118

Hieraus ist erkennbar, dass der Kreis bereits ab dem Haushaltsjahr 2009 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis rechnen kann.

Die sich aus den nachstehend dargestellten Maßnahmen ergebenden jährlichen Einsparungen sind in der Anlage 3 aufgelistet. Sie stellen einen wesentlichen Beitrag zum Haushaltsausgleich dar.

II. Maßnahmen

1. Bereits in den Jahren 2003 – 2007 abgeschlossene und fortwirkende Maßnahmen

1.1. Personalwirtschaftliche Maßnahmen

1.1.1. *Reinigungsdienst* (jährliche Kosten: 4,7 Mio. EUR)

- **Ziel:** 20 – 30 % Einsparung

Stand der Umsetzung:

Eine neue Dienstvereinbarung wurde mit Wirkung zum 01.10.2004 abgeschlossen. Nach Verlängerung der Laufzeit ist die Dienstvereinbarung erstmals zum 30.09.2014 kündbar.

- **Einsparvolumen:**
900.000 EUR/Jahr

1.1.2. *Verlagerung des Auszahlungstermins für Gehälter*

- **Stand der Umsetzung**
Umsetzung ist im Dezember 2003 bereits erfolgt
- **Einsparvolumen:**
dauerhafter Zinsvorteil für einen halben Monat
ca. 25.000 EUR/a

1.1.3. ***Kündigung der Dienstvereinbarung Schließdienste***

– **Ziel:**

Reduzierung der Personalkosten
Übernahme der Kosten durch Nutzer

– **Stand der Umsetzung:**

Die Dienstvereinbarung wurde zum 31.12.2004 gekündigt. Die Umsetzung erfolgt sukzessive, soweit es die einzelvertraglichen Regelungen mit den Schulhausverwaltern zulassen. Darüber hinaus wird bei Neubesetzungen der Schließdienst auf die nutzenden Vereine übertragen. In 2005 wurde der Schließdienst in Jesberg (Grundschule) und Fritzlar (Berufliche Schulen) auf Vereine übertragen. Hinzugekommen sind zum 01.01.2007 die Grundschule in Edermünde- Besse und die Gesamtschule in Gudensberg.

– **Einsparvolumen:**

Das Einsparvolumen ist abhängig von der jeweiligen Größe und Nutzung der schuleigenen Gebäude. Bei Übertragung aller Schließdienste auf die jeweiligen Nutzer ergibt sich eine jährliche Personalkosteneinsparung in Höhe von rund 88.000 EUR.

1.1.4. ***Prüfung der Auswirkungen des Rückganges der Fallzahlen im Bereich Betreuung der Asylbewerber und Spätaussiedler***

– **Ziel:**

Anpassung des Personalbedarfs an die Fallzahlen

– **Stand der Umsetzung**

Die Personalbemessung wird unter Berücksichtigung sinkender Fallzahlen im Bereich der Betreuung ausländischer Flüchtlinge und Spätaussiedler fortlaufend angepasst. Mit Ausscheiden des Arbeitsgruppenleiters wurde die vorhandene Planstelle im gehobenen Dienst zum 01.01.2005 gestrichen.

Die Fallzahlenentwicklung stellt sich anhand der Asylbewerberleistungsstatistik wie folgt dar:

Empfänger von Leistungen zum Lebensunterhalt nach § 2 und § 3 AsylbLG

2003	2004	2005	2006	2007
685	567	508	420	440

Die Fallzahlenentwicklung in der Betreuungsstelle für Zuwanderer stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Anzahl der Beschäftigten	Tatsächlicher Stellenanteil	Fallzahlen
2004	10	8,25	286 Fälle/646 Personen
2005	9	7,48	263 Fälle/609 Personen
2006	8	6,48	235 Fälle/516 Personen
2007	8	6,48	196 Fälle/440 Personen
2008	7	5,48	

– **Einsparvolumen:**

Mit dem Ausscheiden des Arbeitsgruppenleiters geht eine Personalkostenreduzierung in Höhe von jährlich 26.800 EUR einher.

Ein Mitarbeiter im Bereich der Betreuungsstelle befindet sich ab 1.10.2006 in Altersteilzeit. Er scheidet zum 31.05.2009 endgültig aus dem Dienst aus. Zum 01.02.2008 beginnt im Rahmen des Altersteilzeitarbeitsverhältnisses die Freizeitphase des Beschäftigten, eine Wiederbesetzung der Stelle ist nicht geplant. Beabsichtigt ist, die Planstelle zur Verstärkung des Allgemeinen Sozialen Dienstes im FB 51 zu verwenden.

1.1.5. ***Prüfung weiterer Personalreduzierung im Bauaufsichtsamt wegen Neufassung der Hessischen Bauordnung (HBO)***

– **Ziel:**

Anpassung des Personalbedarfs an die Fallzahlen

– **Stand der Umsetzung**

Im Vorgriff auf die Neufassung der HBO Hessischen Bauordnung wurden im Fachbereich 60 – Bauaufsicht und Naturschutz – bis 2005 zwei Planstellen für technische Mitarbeiter/innen nicht wieder besetzt.

In 2006 wurde eine weitere Planstelle durch Ausscheiden eines Beamten in den Ruhestand frei. Eine Wiederbesetzung ist nicht vorgesehen.

Ein weiterer Stellenabbau ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich (s. Erfahrungsbericht zur Neufassung der HBO). Die technischen Beschäftigten des Fachbereichs 60 werden zur Zeit zusätzlich zur Erfassung des unbeweglichen Anlagevermögens des Schwalm-Eder-Kreises (76 Schulen sowie Verwaltungsgebäude) eingesetzt und erbringen darüber hinaus Ingenieurleistungen für den Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen des Schwalm-Eder-Kreises sowie den Zweckverband Europabad. Die Mitarbeiter sind weiterhin mit der Erstellung des Leerstandskatasters gem. Kreistagsbeschluss beschäftigt. Im Jahre 2010 und im Jahre 2012 scheiden Mitarbeiter mit Eintritt in den Ruhestand aus. Über eine Neubesetzung ist zur gegebenen Zeit unter Berücksichtigung der anfallenden Fallzahlen zu entscheiden.

– **Einsparvolumen:**

Die Personalkostenreduzierung infolge der Versetzung eines Beschäftigten im Bereich der Bauaufsicht in den Ruhestand lässt sich ab dem Haushaltsjahr 2006 auf 46.000 EUR/Jahr beziffern.

Teilhaushalt 60 – Bauaufsicht und Naturschutz

1.1.6. ***Prüfung der Auswirkungen der Wohngeldreform und der Reform der Krankenhilfe auf die Personalbesetzung im Fachbereich Sozialverwaltung***

– **Ziel:**

Anpassung des Personalbedarfs an die Fallzahlen

– **Stand der Umsetzung**

Nach Umstrukturierung des Fachbereiches Sozialverwaltung infolge der Neuregelungen des SGB II sind im Fachbereich Sozialverwaltung insgesamt noch 51 Mitarbeiter verblieben (43,03 Planstellen; tatsächlich zum 1.1.2007 besetzt: 42,69 Planstellen). Eine Verringerung der Personalausstattung in den Arbeitsgruppen Krankenhilfe und Wohngeld wird unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Wohngeld- und Arbeitsmarktreformen regelmäßig überprüft.

Die Fallzahlentwicklung in der Wohngeldstelle stellt sich wie folgt dar:

J a h r	Anzahl der Beschäftigten	Tatsächlicher Stellenanteil	Fallzahlen (mit Testberechnung ab 2005)
2004	13	11,33	6.242
2005	8	6,42	3.556
2006	8	6,42	3.063
2007	7	5,48	3.245
2008	7	5,42	

Die Fallzahlentwicklung in der Krankenhilfe stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Anzahl der Beschäftigten	Tatsächlicher Stellenanteil	Fallzahlen
2004	5	5	ca. 3.000
2005	2	1,50	924
2006	2	1,50	824
2007	2	1,50	741

– **Einsparvolumen:**

nicht bezifferbar(s. Personalausgabenentwicklung)

1.2. Verbesserung der Einnahmen

– **Ziel:**

Verbesserung der Einnahmen

– **Stand der Umsetzung**

Anhebung der Prüfungsgebühren für das Rechnungsprüfungsamt
(bereits in KT-Sitzung am 16.02.2004 beschlossen)

zusätzliche Einnahme ab 2004 rd. 50.000 EUR

Neufassung der Satzung zur Erhebung von Gebühren für die
Gefahrverhütungsschau ist zum 17.5.2004 erfolgt

– zusätzliche Einnahme: rd. 5.000 EUR/a

1.3. Außenstellen

– **Ziel:**

Kostenreduzierung

– **Stand der Umsetzung**

Im Zuge der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen (SGB II) werden Aufgaben und Dienstleistungen der Fachbereiche 50 – Sozialverwaltung – und 53 – Gesundheitswesen – zentral in Homberg (Efze) erbracht. In den Außenstellen finden mit geringem Raumbedarf Sprechstunden der Fachbereiche 51 – Jugend, Familie und Sport und 53 – Gesundheitswesen – statt.

Mit der Unterbringung der Arbeitsgemeinschaft Arbeitsförderung Schwalm-Eder in kreiseigenen Liegenschaften in Schwalmstadt, Melsungen und Homberg (Efze) werden folgende Mieteinnahmen und Nebenkosteneinnahmen erzielt:

2005	2006	2007	2008
98.860 (RE)	119.870	130.000	122.000
43.395 (RE)	57.990	60.500	57.000

1.4. Hallenbäder

- **Ziel:**
Reduzierung Betriebskosten durch stärkere Kontrolle über Beiräte
Beteiligung nur an originären Betriebskosten (Stand: Abschluss der Verträge)
keine weitere Investitionsbeteiligung nach Abschluss grundlegender Renovierung.
- **Stand der Umsetzung**
Kontrolle über Beiräte ist gewährleistet

Entwicklung der Umlagen				
	2005 (RE)	2006(RE)	2007(RE)	2008(Plan)
Borken (Hessen)	146.235	159.232	159.687	169.900
Melsungen	50.364	131.275	159.713	150.000
Gudensberg	100.503	100.927	87.535	69.100
Schwalmstadt	191.450	203.800	198.900	333.050
Insgesamt	488.552	595.234	605.835	722.050

Hinweis: Das Europabad Schwalmstadt muss saniert werden. Hierdurch ergibt sich zukünftig ein höherer Umlagebedarf in Höhe von 69.300 EUR/a.

- **Einsparvolumen:**
derzeit nicht vorhanden

1.5. Musikschulen

- **Ziel:**
Zusammenlegung der Geschäftsführung für die zwei vom Kreis und den Gemeinden geförderten Musikschulen.

- **Stand der Umsetzung**
Fusion Musikschule Schwalm-Eder-Süd und Mitte erfolgt. Schwalm-Eder-Nord hat sich noch nicht für eine Fusion entschieden.

- **Einsparvolumen:**
derzeit nicht bezifferbar

2. **Seit 2004 laufende und jährlich sich wiederholende Maßnahmen:**

2.1. Steuerung der Personalkosten

2.1.1. *Keine Ausweitung des Stellenplanes*

- **Ziel:**
Begrenzung der Personalkosten

- **Stand der Umsetzung**
Im Stellenplan der Haushalte 2003 – 2006 wurden keine zusätzlichen Planstellen ausgewiesen.

Seit 2003 wurden bis einschließlich 2006 36,79 Stellen im Stellenplan abgebaut.

Der Stellenplan zum Haushalt 2007 weist eine Ausweitung der Planstellen um 3,5 Stellen aus.

- 2,0 Stellen in der Leitstelle
- 1,0 Stelle im Rahmen der Umsetzung auf das Neue Kommunale Rechnungs- und Steuerungswesen, zunächst befristet auf 2 Jahre
- 0,5 Stellen im Bereich Pflegekinderdienst

Der Stellenplan 2008 weist folgende Veränderungen aus:

1 zusätzliche Stelle im Fachbereich Jugend, Familie und Sport zur Verstärkung des Allgemeinen sozialen Dienstes

- **Einsparvolumen:**
nur global bezifferbar im Rahmen der Gesamtentwicklung der Personalkosten; hinsichtlich der Personalkostenentwicklung wird auf die Vorbemerkungen verwiesen.

2.1.2. ***Stellenbesetzungssperre***

- **Ziel:**
Begrenzung der Personalkosten

Fortführung der Stellenbesetzungssperre

Es wird eine Stellenbesetzungssperre für alle freiwerdenden Stellen mit Ausnahme der Bereiche Gebäudereinigung/Hausverwalter, Schulsekretariate sowie Hauswirtschafts-, Küchenkräfte für die Dauer von sechs Monaten beschlossen.

Der Kreisausschuss ist berechtigt, 50 % der im Laufe eines Jahres frei werdenden Stellen nach Ablauf der Stellenbesetzungssperre wieder zu

besetzen. Voraussetzung ist, dass die Stelle im Stellenplan ausgewiesen ist. Die Verwaltung muss in jedem Einzelfall dem Kreisausschuss einen Antrag auf Wiederbesetzung der freiwerdenden Stelle vorlegen. Aus dem Antrag muss sich ergeben, ob eine Planstelle vorhanden ist, warum die Stelle wiederbesetzt werden muss und wie sich die Personalsituation für die vergleichbare Position in den anderen Landkreisen darstellt.

Der Kreisausschuss berichtet dem Haupt- und Finanzausschuss über die erfolgten Stellenbesetzungen.

Am Ende des Jahres entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss, wie mit den übrigen 50 % der im Laufe des Jahres freigewordenen Stellen verfahren wird.

– **Stand der Umsetzung**

Im Haushaltsjahr 2007 wurden nach Ablauf der Stellenbesetzungssperre vom Kreisausschuss folgende Planstellen zur Wiederbesetzung freigegeben:

- 1,0 Planstelle FB 51 – Adoptions- und Pflegekinderwesen
- 1,0 Planstelle FB 37 – Leitstelle
- 0,5 Planstelle FB 04 – Frauenbüro
- 0,5 Planstelle FB 10 – Post- und Reisedienst (Reduzierung von 1,0 Planstelle auf 0,5 Planstelle)
- 0,5 Planstelle FB 40 - Medienzentrum

Darüber hinaus wurden in den von der Stellenbesetzungssperre ausgenommenen Aufgabenbereichen nachstehende Neubesetzungen vorgenommen:

Schulsekretärinnen: 2,22 Planstellen
Schulhausverwalter: 1,0 Planstelle

- **Einsparvolumen:**
nur global bezifferbar im Rahmen der Gesamtentwicklung der Personalkosten; hinsichtlich der Personalkostenentwicklung wird auf die Vorbemerkungen verwiesen

2.1.3. ***Weiterbeschäftigung der Auszubildenden nach Abschluss der Ausbildung***

- **Ziel:**
Personalentwicklung und Begrenzung der Personalkosten
- **Stand der Umsetzung**
In 2004 wurden 4 ehemalige Auszubildende mit 75% der regelmäßigen Arbeitszeit in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse übernommen.

In 2005 wurde ein befristeter Arbeitsvertrag mit einer ehemaligen Auszubildenden nicht verlängert. Das Arbeitsverhältnis wurde beendet.

In 2006 wurden zwei Beschäftigte des Ausbildungsjahrganges 2005 nach erfolgreicher 12-monatiger Bewährung in unbefristete Arbeitsverhältnisse mit 50 % der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines Vollbeschäftigten übernommen
- In 2007 wurde ein Beschäftigter des Ausbildungsjahrganges 2006 nach erfolgreicher 12-monatiger Bewährung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis mit 50 % der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines Vollbeschäftigten übernommen.
- **Einsparvolumen:**
ca. 30.000 EUR pro Auszubildenden, der nicht übernommen wird

– **Fortführung der Übernahmepraxis für Auszubildende**

Zur Sicherstellung des zukünftigen Personalbedarfs und zur Bindung der Beschäftigten an die Kreisverwaltung können Auszubildende nach zunächst 12-monatiger befristeter Beschäftigung in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen werden, wenn die Ergebnisse der Abschlussprüfung eine Übernahme rechtfertigen, sie sich bewährt haben und entsprechende Stellen im Stellenplan ausgewiesen sind.

2.1.4. ***Beförderungen und Höhergruppierungen***

– **Ziel:**

Personalentwicklung und Begrenzung der Personalkosten

– **Stand der Umsetzung**

In 2007 wurden entsprechend dem Tarifrecht insgesamt 19 Beschäftigte höhergruppiert bzw. befördert

– **Einsparvolumen:**

Fortführung der Beförderungs- und Höhergruppierungspraxis unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Haushaltsjahre 2004 bis 2007:

Bei der Beförderung der Beamten ist ein strenger Maßstab anzulegen.

Höhergruppierungen von Beschäftigten erfolgen nur aufgrund tarifvertraglicher Ansprüche.

2.1.5. ***Vorlage Personalentwicklungsplanung***

- **Ziel:**
Dauerhafte Sicherung der Aufgabenerfüllung durch qualifizierte Beschäftigte

- **Stand der Umsetzung:**
Die Personalentwicklungsplanung wird derzeit mit dem nach Inkrafttreten des TVöD einzuführenden System zur Gewährung eines Leistungsentgeltes abgestimmt. Als nächster Schritt ist für das kommende Jahr die Einführung von Mitarbeitergesprächen vorgesehen.

2.1.6. ***Praxis bei dem Abschluss befristeter Arbeitsverhältnisse***

- **Ziel:**
Begrenzung der Personalkosten

- **Stand der Umsetzung**
In 2007 wurden zwei Beschäftigte im Anschluss an ihre Ausbildung in ein zwölf Monate befristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Zur Umsetzung des IZBB-Programmes wurde ein technischer Mitarbeiter befristet bis zum 31.05.2009 eingestellt.

- **Einsparvolumen:**
nur global bezifferbar im Rahmen der Gesamtentwicklung der Personalkosten

2.1.7. ***Vereinbarung von Teilzeitarbeitsverhältnissen***

- **Ziel:**
Begrenzung der Personal- und Arbeitsplatzkosten

- **Stand der Umsetzung**
In 2007 haben 71 Beschäftigte ihre Arbeitszeit befristet reduziert. In Sonderurlaub und Elternzeit befinden sich 16 Beschäftigte.

- **Einsparvolumen:**
nur global bezifferbar im Rahmen der Gesamtentwicklung der Personalkosten

2.1.8. ***Strenge Maßstäbe bei Bewilligung von Altersteilzeit unter Berücksichtigung der Haushaltssituation***

- **Ziel:**
Begrenzung der Personalkosten

- **Stand der Umsetzung**
In 2007 wurde ein Altersteilzeitarbeitsverhältnis mit einem Beschäftigten geschlossen, der das 60. Lebensjahr vollendet hat.

- **Einsparvolumen:**
nur global bezifferbar im Rahmen der Gesamtentwicklung der Personalkosten

2.2. Überprüfung der Mitgliedschaften in Verbänden sowie der Praxis der Personal- und Sachkostenerstattungen an und von Verbänden

- **Ziel:**
Entlastung des Kreishaushaltes

- **Stand der Umsetzung**
Prüfung ist erfolgt.

Ergebnis: Die Kündigung bzw. der Austritt aus Zweckverbänden und GmbH`s ist rechtlich mit hohen Hürden verbunden. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die vorhandenen Beteiligungen alle einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die Notwendigkeit der Mitgliedschaften wird kontinuierlich überprüft.

Mit den Verbänden wurden neue Verträge abgeschlossen, die eine 100%ige Kostenerstattung gewährleisten.

2.3. Überprüfung der sog. freiwilligen Leistungen und der Ermessensleistungen

- **Ziel:**
Entlastung des Kreishaushaltes

- **Stand der Umsetzung**
Es liegt eine Aufstellung aller Ausgabehaushaltsstellen (Stand: 2007)¹ vor. Verschiedene Ausgabehaushaltsstellen wurden gekürzt. Grundlage war die in 2004 durch den Kreisausschuss verhängte Haushaltssperre. Die in oben genannter Aufstellung enthaltenen Kürzungen sind bei der Aufstellung des doppischen Haushaltes berücksichtigt. Seit 2004 werden kontinuierlich Kosten in Höhe von rd. 500.000,00 EUR/Jahr eingespart.

¹ Siehe Anlage 1

Haushaltsstellen

siehe anliegende Aufstellung.

2.4. Verbesserung der Einnahmen

2.4.1. *Überprüfung der Veräußerung nicht benötigter Vermögensgegenstände einschließlich der Eigenbetriebe*

– Stand der Umsetzung:

2.4.1.1. Verkauf des Boglerhauses ist erfolgt (30.12.2005)

Kaufpreis: 300.000 EUR

2.4.1.2. Im Eigenbetrieb 46.2 – Alten- und Pflegeeinrichtungen- sind folgende Einrichtungen verkauft:

Altenwohnanlage Niedenstein

Verkehrswert: 737.000 EUR

Kaufpreis: 450.000 EUR ist gezahlt

Altenwohnanlage Rabengasse

Verkehrswert: 819.000 EUR

Kaufpreis: 345.000 EUR ist gezahlt

Hospital zum Heiligen Geist

Wurde mit der Verpflichtung zur Sanierung, Weiterbetrieb und Personalgestellung verkauft.

Kaufpreis 1 EUR

Der Eigenbetrieb „Senioren- und Pflegeeinrichtungen wurde zum 31.12.2006 aufgelöst.

Schlösschen Jesberg

Ist verkauft (KT-Beschluss vom 26.09.2005)

2.4.2. ***Transfer von Kapital des Eigenbetriebes 46.1– Jugend- und Freizeiteinrichtungen an Kreishaushalt***

– **Stand der Umsetzung**

50% der EAM Dividende wird an Kreishaushalt ausgeschüttet.

Zusätzliche Einnahme in 2004:	3.427.456 EUR
Zusätzliche Einnahme in 2005:	657.905 EUR
Zusätzliche Einnahme in 2006:	655.000 EUR
Zusätzliche Einnahme in 2007:	655.000 EUR
Zusätzliche Einnahme in 2008:	546.600 EUR

2.5. Außenstellen - Zulassungsstellen

– **Ziel:**

Entlastung des Kreishaushaltes und Beibehaltung eines bürgernahen Zulassungswesens

– **Stand der Umsetzung**

Gemäß Beschluss des Kreistages wurden mit den Städten Fritzlär, Melsungen und Schwalmstadt Verhandlungen zur Übernahme der Zulassungsstellen vor Ort geführt.

– **Ergebnis**

Die Städte sind bereit, die Zulassungsstellen in Eigenregie zu übernehmen.

Mit Fritzlar wurde die Übernahme zum 01.01.2007 vereinbart. Der Vertrag mit Schwalmstadt wurde endverhandelt. Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich im Oktober 2008 mit der Errichtung eines Gebäudes des TÜV.

- Die Stadt Melsungen prüft noch, wo die Zulassungsstelle angesiedelt werden soll. Die Umsetzung soll im Juni/Juli 2008 erfolgen.
- **Einsparvolumen:**
Es wird insgesamt eine Entlastung des Haushaltes in einer Größenordnung von rund 170.000 EUR pro Jahr erwartet.

2.6. Einführung der Verwaltungsbuchführung oder Doppik mit Vermögensrechnung und Kosten- und Leistungsrechnung

- **Ziel:**
Kostentransparenz und Verbesserung der Steuerungsmöglichkeiten
- **Stand der Umsetzung**
Gemäß Kreistagsbeschluss ist zum 01.01.2008 die Haushaltswirtschaft mit doppelter Buchführung eingeführt worden.

2.7. Abstufung von Kreisstraßen

- **Ziel:**
Entlastung des Kreishaushaltes
- **Stand der Umsetzung**

2.7.1. ***Abgestufte Kreisstraßen:***

K 26, in der Stadt Homberg (Efze)	= 0,822 Km
K 40, in der Stadt Homberg (Efze)	= 1,311 Km
K 123, Ziegenhain Richtung Bahnhof	= 0,681 Km
K 131, OD Beiseförth Richtung Bahnhof	= 0,860 Km
K 134, Malsfeld - L 3427	= 1,175 Km
K 135, Malsfeld - L 3224 (Elfershausen)	= 2,011 Km
K 139, in der Stadt Spangenberg	= 0,983 Km
K 108, K109, K 110 tlw., durch den Neubau der Ortsumgehung Loshausen im Zuge der B 254	= 2,420 Km
Gesamt	= 10,263 Km

2.7.2. ***Laufende Verfahren zur Abstufung***

K 65, bei Bad Zwesten-Niederurff ri. Oberurff	= 1,748 km
K 62, Oberurff – Schiffelborn	= 1,480 Km
K 112, Röllshausen – Schönberg tlw.	= 0,428 Km
K 20, Ostheim – Dagobertshausen	= 1,870 Km
K 20, Dagobertshausen – Malsfeld	= 1,980 Km
K 145, Lohre – Altenburg	= 1,063 Km
Gesamt:	= 8,569 Km

2.7.3. ***Zur Abstufung vorgesehene Straßen*** **(nach vorheriger Absprache mit ASV und den Gemeinden)**

K 9, Maden - B 254	ca. 1,668 Km
K 13, Uttershausen - B 253	ca. 3,871 Km
K 21, Gensungen - Helmshausen (K 28)	ca. 3,615 Km

K 32, Hesserode - L 3427	ca. 0,960 Km
K 44, B 254 - Verna	ca. 0,820 Km
K 50, Gut Marienrode – L 3384	ca. 0,705 Km
K 50, Gut Gilserhof – L 3384	ca. 1,234 Km
K 83, Gleichen – Kirchberg	ca. 1,544 Km
K 92, Dissen – Holzhausen(Hahn)	ca. 1,854 Km
K 121, OD Olberode	ca. 1,664 Km
K 132, Binsförth - B 83	ca. 0,712 Km
K 136, Domäne Fahre - B 83	ca. 0,555 Km
K 143, Hesslar - B 253	ca. 1,041 Km
K 144, Heiligenberg - B 253	ca. 1,519 Km
K 147, Röhrenfurth (B 83) - Lobenhausen	ca. 3,315 Km
K 153, OD Albshausen	ca. 0,593 Km

Gesamt **ca. 26,761 Km**

– **Einsparvolumen:**

Pro km: 3.712 EUR

10,263 Km x 3.712 EUR = 38.096,25 EUR

8,569 Km x 3.712 EUR = 31.808,12 EUR

26,761 Km x 3.712 EUR = 99.336,83 EUR

–

2.8. Sanierung der Schwalm-Eder-Kliniken GmbH

– **Ziel:**

Entlastung des Kreishaushaltes und wirtschaftlicher Betrieb der Schwalm-Eder-Kliniken.

– **Stand der Umsetzung**

Mit Beschluss des KT vom 21.12.2006 wurde der Veräußerung des Geschäftsanteils an die Bietergemeinschaft Asklepios Kliniken

Verwaltungsgesellschaft mbH, HKZ GmbH&Co. Betriebs KG und Orthopädische Klinik Hessisch-Lichtenau gGmbH zugestimmt. Der Vertrag wurde am 19.12.2006 beurkundet. Mit Zahlung des vereinbarten Sanierungsbeitrages und Verzicht auf die gewährten Darlehen zur Sicherung der Liquidität fallen zukünftig keine finanziellen Verpflichtungen mehr an. Der Vertrag ist im Oktober 2007 wirksam geworden.

2.9. Kreisorgane

- **Ziel:**
Entlastung des Kreishaushaltes

- **Maßnahmen**
Reduzierung der Sitzungstage des Kreistages auf 4 Sitzungen im Jahr
Reduzierung der Gremien (Ausschüsse und Kommissionen)

- **Stand der Umsetzung**

Folgende Gremien wurden in 2006 abgeschafft

- Koordinierungsausschuss der Beratungsstelle des SEK
- Verwaltungsausschuss des Jugendbildungswerkes
- Fachausschuss Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit
- VHS-Beirat
- Sozialhilfekommission
- Betriebskommission Eigenbetrieb 46.2 (zum 31.12.2006)

Folgende Gremien wurden in 2006 verkleinert:

- Sportkommission
- Schulkommission
- Denkmalbeirat
- Kommission für die gesellschaftliche Gleichstellung der Frau
- Kommission für Fragen der Landwirtschaft

2.8. Umsetzung der Arbeitsmarktreform (SGB II)

– **Ziel:**

Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des SGB II

– **Stand der Umsetzung**

Im Oktober/November 2004 wurden Vereinbarungen zur Bildung von zwei Arbeitsgemeinschaften gem. § 44b SGB II geschlossen. Gemäß Empfehlung des Sozialausschusses werden die zwei bestehenden Arbeitsgemeinschaften mit Wirkung zum 1.1.2006 zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefasst.

Die Auswirkungen auf den Haushalt 2007 sind in der beigefügten Anlage² dargestellt. Bedingt durch die Umstellung auf die Doppik kann diese Aufstellung nicht fortgeführt werden.

– **Einsparvolumen:**

2005 (gegenüber Basisjahr 2004): 6,9 Mio. EUR

2006 (gegenüber Basisjahr 2004): 7,6 Mio. EUR

2007 (gegenüber Basisjahr 2004): 8,4 Mio. EUR

3. Neue Maßnahmen 2006

3.1. Kredit-Portfoliomanagement

– **Begriff:**

Aktive und strategische Verwaltung des verzinsten Darlehensbestandes

² Siehe Anlage 2

- **Ziel**
Entlastung des Kreishaushaltes
- **Auftrag an die Verwaltung**
Einführung des Portfoliomanagements mit fachlicher Unterstützung
Der Kreistag hat der Einführung eines Kreditportfoliomanagements zugestimmt.

3.2. Verkauf kreiseigener Grundstücke

- **Ziel**
Einnahmeverbesserung und dauerhafte Entlastung des Kreishaushaltes
- **Auftrag an die Verwaltung**
Verkauf der Grün- und Ackerflächen
Kreis ist Eigentümer von ca. 290.000 m²
Wert lt. Gutachterausschuss: 290.000 €
- **Stand der Umsetzung**
Im HH-Jahr 2006 wurden 7.730 EUR durch Verkäufe an kreiseigene Kommunen eingenommen.

Im HH-Jahr 2007 sind Einnahmen von ca. 100.000 EUR erzielt worden.

3.3. Überprüfung der Strukturen der Fachbereiche

- **Ziel**
Nutzung von Synergieeffekten; effektiver Personaleinsatz
u.a. durch
 - Bündelung der Aufgaben der unteren Naturschutzbehörde (60.4) und der Abteilung Landschaftspflege des Fachbereichs - Landwirtschaft und

Landentwicklung.

- Nutzung der Synergien in dem Fachbereich 53 – Gesundheitswesen - und Fachbereichs 39 - Veterinärwesen und Verbraucherschutz (z.B. im Verwaltungsbereich)
- Bündelung der Aufgaben des Fachbereiches 80 – Wirtschaftsförderung - mit den Aufgaben des Fachbereichs 83 – Landwirtschaft und Landentwicklung hinsichtlich Dorf- und Regionalentwicklung und ländlichem Tourismus.
- Zusammenfassung der Aufgaben der Arbeitsgruppe 50.6 – Betreuungsstelle für Zuwanderer - mit der Abteilung Ausländerwesen des Fachbereichs 32 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung.
- Zusammenfassung der Aufgaben des Fachbereiches 37 – Brand- und Katastrophenschutz - und der Aufgaben des Katastrophenschutzes und der zivilen Verteidigung.